Preußische Gesetzsammlung

1934

Ausgegeben zu Berlin, den 7. November 1934

Mr. 44

1914	Made	297	und co est are successfully the contraction with the contraction of th	
	Tag:	RII	Sweetwoltungsgericht, an Stelle der dish: tladus Dientifraffenate obne Bermehrm	eite:
26.	10. 3	34.	Gesetzur Anderung des Gesetzes über die Ansteilung der Stadtgemeinde Gladbach-Rhehdt vom 24. Juni 1933	423
6.	11. 3	34.	Ge fe & über die Dienststraffenate des Oberverwaltungsgerichts	424
16.	10. 3	34.	Boligeiverordnung über bie Berwendung gesundheitsichablicher Stoffe und feuergefähr-	
			licher Gegenstände im Friste, Barbier- und haarichneidegewerbe	424
20.	10. 3	34.	Dritte Preußische Verordnung zur Durchführung des Milchgesetzes vom 31. Juli 1930	425
Si:	nwe	is	auf nicht in der Gesetssammlung veröffentlichte Rechtsverordnungen	426
Be	tan	nt	machung der nach dem Gesetze vom 10. April 1872 durch die Regierungsamtsblätter veröffentlichten Erlasse, Urkunden usw.	426
Be	rich	ti	gung	426
			and a continued the contraction of the state	44167

(Rr. 14198.) Gefet gur Anderung des Gefetes über die Aufteilung ber Stadtgemeinde Gladbach-Rheudt bom 24. Juni 1933 (Gefetsamml. S. 225). Bom 26. Ottober 1934.

Das Staatsministerium hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 4 des Gesehes über die Aufteilung der Stadtgemeinde Gladbach-Rheydt vom 24. Juni 1933 (Gesetssamml. S. 225) erhält folgende Faffung:

§ 4. modifirerationile nod rich

- (1) Die Rechtsverhältniffe des Zweckverbandes find durch eine Satzung zu regeln, die von den Vorschriften des Zweckverbandsgesetzes vom 19. Juli 1911 (Gesetsfammt. S. 115) abweichen fann.
- (2) Die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten zur Bestätigung oder Feststellung der Satung nach § 9 des Zweckverbandsgesetes in Verbindung mit § 9 des Gesetes über die Anpassung der Landesverwaltung an die Grundsätze des nationalsozialistischen Staates vom 15. Dezember 1933 (Gefetsfamml. S. 479) bleibt mit der Maggabe bestehen, daß der Verbandsvorsteher in jedem Falle durch den Regierungspräsidenten ernannt wird, der ihn auch jederzeit abberufen kann.

Das Gefetz tritt mit dem auf die Berkundung folgenden Tage in Kraft.

Berlin, den 26. Oktober 1934.

(Siegel.) Das Preußische Staatsministerium.

Göring. Frid.

Im Namen des Reichs verfünde ich für den Führer und Reichskanzler das vorstehende Geset, dem die Reichsregierung ihre Zustimmung erteilt hat.

Berlin, den 26. Oftober 1934.

Der Preußische Ministerpräsident.

In dem im S 1 bezeichneren Gewerd. gniröll elfvoritamme beim Herftellen von Dafferwellen nicht verwendet werden. Die dabei an beinrtenden Kannne millen ans einem schwer (Rr. 14199.) Geset über bie Dienststraffenate bes Oberverwaltungsgerichts. Bom 6. November 1934. Das Staatsministerium hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1.

- (1) Für die Wahrnehmung der Geschäfte, für die nach § 39 der Beamtendienststrafordnung in der Fassung des Gesetzes zur Anderung des Dienststrafrechts vom 18. August 1934 (Gesetzfamml. S. 353) die Dienststraffenate des Oberverwaltungsgerichts zuständig sind, werden beim Oberverwaltungsgericht, an Stelle der bisherigen, drei Dienststraffenate ohne Vermehrung der im Staatshaushalt vorgesehenen Stellen neu errichtet.
- (2) Der Ministerpräsident kann auf Borschlag des Ministers des Innern weitere Dienststraf= senate errichten, soweit damit eine Vermehrung der im Staatshaushalt bestimmten Zahl der Mitglieder des Oberverwaltungsgerichts nicht verbunden ift, und bestehende Dienststraffenate aufheben.

\$ 2. melleren amulmmmereeled vod ni ichin tuo

Das Staatsministerium bezeichnet für die Dauer des Geschäftsjahrs, erstmalig für den Zeitraum vom 1. Oktober 1934 bis zum 31. Dezember 1935, diejenigen Mitglieder (Senatspräsidenten und Räte) des Oberverwaltungsgerichts, die in den nach § 1 errichteten Dienststraffenaten beschäftigt werden können. Die Verteilung der so bezeichneten Mitglieder auf die Senate erfolgt im Wege der Geschäftsverteilung nach den Bestimmungen des Verwaltungsgerichtsgesetzes.

\$ 3.

Dieses Gesetz tritt am 1. Oktober 1934 in Kraft.

Berlin, den 6. November 1934.

(Siegel.)

Das Preußische Staatsministerium.

Für den Ministerpräsidenten:

misgar in munico sois propits.

Im Ramen des Reichs verkünde ich für den Führer und Reichskanzler das vorstehende Gesetz, dem die Reichsregierung ihre Zustimmung erteilt hat.

Berlin, den 6. November 1934.

Der Preußische Ministerpräsident.

daß der Berhandsborfieber in jenntretben Monta den Regierungsbrülidenten errannt

Pop i Birredde rierrede dum udi red deiat Staatsminister.

(Dr. 14200.) Bolizeiberordnung über die Berwendung gefundheitsichidlicher Stoffe und fenergefahrlicher Gegenstände im Frifor-, Barbier- und haarschneidegewerbe. Bom 16. Oftober 1934.

Das Geset tritt mit dem auf die Berkündung solgenden Tage in Araft

Muf Grund des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 1. Juni 1931 (Gesetsamml. S. 77) wird für den Umfang des preußischen Staatsgebiets folgendes verordnet:

§ 1.

Im Frifor-, Barbier- und Haarschneidegewerbe durfen Ather, Azeton, Effigather, Kohlenwafferstoffe (insbesondere Petroläther, Benzin, Ligroin, Naphtha, Benzol, Toluol und chlorierte Kohlenwasserstoffe wie Tetrachlorkohlenstoff u. ähnl.) sowie Gemische und Zubereitungen dieser Stoffe zum Waschen oder Trodnen des Haares nicht gebraucht werden.

Der Prengische Asinisterpräsident.

In dem im § 1 bezeichneten Gewerbe durfen Bellhorntamme beim Berftellen von Wafferwellen nicht verwendet werden. Die dabei zu benutenden Kämme müffen aus einem schwer brennbaren Material (Cellon oder dal.) bestehen.

83

Für jeden Fall der Nichtbefolgung dieser Polizeiverordnung wird hiermit die Festsetzung eines Zwangsgeldes bis zu 150 AM, im Nichtbeitreibungsfall die Festsetzung von Zwangshaft bis zu zwei Wochen angedroht.

Diese Polizeiverordnung tritt am Tage nach ihrer Berkundung in Kraft und am 30. Gebtember 1964 außer Kraft.

Gleichzeitig verlieren alle denfelben Gegenstand behandelnden Polizeiverordnungen nachgeordneter Behörden ihre Gültigfeit.

Berlin, den 16. Oftober 1934.

Der Preußische Minister des Innern.

In Vertretung:

Grauert.

(Rr. 14201.) Dritte Breugifche Berordnung gur Durchführung bes Milchgesebes bom 31. Juli 1930 (Reichsgesethl. I G. 421). Bom 20. Ottober 1934.

18 2 bes Weiches bom 9. Brown 1924 Befeitlammt. S. 597

Auf Grund des § 52 Abs. 2 des Milchgesetes vom 31. Juli 1930 (Reichsgesethl. I S. 421) wird folgendes verordnet:

human Land & 1. dans somus

Im § 23 Abs. 1 der Preußischen Verordnung zur Durchführung des Milchgesetzes vom 16. Dezember 1931 (Gesetssamml. S. 259) werden die Buchstaben a und b durch folgende Borschrift ersett:

- a) in erster Instanz das Kreisberwaltungsgericht (Stadtverwaltungsgericht):
- b) in zweiter Instanz das Bezirksverwaltungsgericht.

§ 23 Abs. 3 der Verordnung erhält folgende Fassung:

(3) Die auf Grund von Abs. 1 zu fällenden Entscheidungen sind im Berwaltungs= ftreitverfahren zu treffen.

§ 23 Abs. 4 der Verordnung erhält folgende Fassung:

(4) Bor der Erteilung der Erlaubnis sind in erster Instanz der zuständige Milch= versorgungsverband und ein Sachverständiger der Verbraucher gutachtlich zu hören. Der Sachberständige der Verbraucher wird von der nach Abf. 1 zuständigen Behörde berufen.

\$ 4.

§ 23 Abs. 6 erhält folgende Fassung:

(6) Auch die Anforderung an die Mindestmenge (§ 14 Abs. 5 Nr. 6 des Gesetzes) unterliegt der Nachprüfung im Verwaltungsstreitverfahren.

Im § 23 Abs. 8 der Berordnung ist an Stelle "der Bezirksausschuß" zu setzen "das Bezirksverwaltungsgericht".

Verlege R. v. Deder's Berlag, G. Schend, Berli. 398 9, Lintftraße 35. (Postfchedlonto Berlin 9059.) Die §§ 48 bis 72 einschl. der Berordnung sind zu streichen.

Breuß. Gesetsammlung 1934. Nr. 44, ausgegeben am 7. 11. 34.

8 7.

Die Zweite Berordnung zur Durchführung des Milchgesetzes vom 6. Oktober 1932 (Gesetzfammlung S. 325) wird aufgehoben. Some transmisse mit 3.366 to us and and appenhance and

Diese Berordnung tritt am Tage nach ihrer Beröffentlichung in Kraft.

Berlin, den 20. Oftober 1934.

Der Preukische Landwirtschaftsminister.

426

Der Preukische Minister des Innern. Der Breukische Minister für Wirtschaft und Arbeit.

In Bertretung: Willitens. In Bertretung: Grauert. In Bertretung: Posse.

Hinweis auf nicht in der Geseksammlung veröffentlichte Rechtsverordnungen.

(§ 2 des Gefetes vom 9. August 1924 — Gefetsfamml. S. 597 —).

Im Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger Nr. 243 vom 17. Oktober 1934 ift eine viehseuchenpolizeiliche Anordnung des Preußischen Landwirtschaftsministers vom 13. Oktober 1934 erschienen, die am 17. Oktober 1934 in Kraft getreten ist. Die Anordnung enthält die Bestimmungen für die Benutzung der Fütterungs= und Tränkestation in Bebra, Regierungsbezirk Kassel, durch die Bur Durchfuhr kommenden ausländischen Klauentiere und Einhufer. 30 87 8 300 daniel 141

Berlin, den 3. November 1934.

Duchfiaben a und b durch folgende Mark

Preußisches Landwirtschaftsministerium.

Bekanntmachung. Ind and mollie volles in (s

Nach Vorschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetzsamml. S. 357) sind bekanntgemacht:

1. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 7. September 1934 über die Berleihung des Enteignungsrechts an die Gemeinde Sober zum Ausbau des Gemeindewegs im Stiegfelb

durch das Amisblatt der Regierung in Lüneburg Nr. 39 S. 171, ausgegeben am 29. September 1934;

2. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 3. Oftober 1934 über die Berleihung des Enteignungsrechts an das Deutsche Reich zum Bau eines Gleisanschlusses bei Munster im Kreise Soltau

durch das Amtsblatt der Regierung in Lüneburg Nr. 42 S. 180, ausgegeben am 20. Oftober 1934.

Berichtigung. Most odnoploj pladro d jake go s

Auf S. 404 Zeile 2 von oben muß es statt "Entlaffung" heißen "Entlaffenen".

Herausgegeben vom Preußischen Staatsministerium. — Druck: Preußische Druckerei- und Berlags-Aktiengesellschaft, Berlin. Verlag: R. v. Decker's Verlag, G. Schenck, Berlin W 9, Linkstraße 35. (Postscheckfonto Berlin 9059.) Den laufenden Bezug der Breußischen Gesetsammlung vermitteln nur die Poftanftalten (Bezugspreis 1,10 KM vierteljährlich); einzelne Rummern und Jahrgänge (auch ältere) fonnen unmittelbar vom Berlag und durch den Buchhandel bezogen werden. Preis für den achtseitigen Bogen oder den Bogenteil 20 Kpf., bei größeren Bestellungen 10 bis 40 v. H. Preisermäßigung.